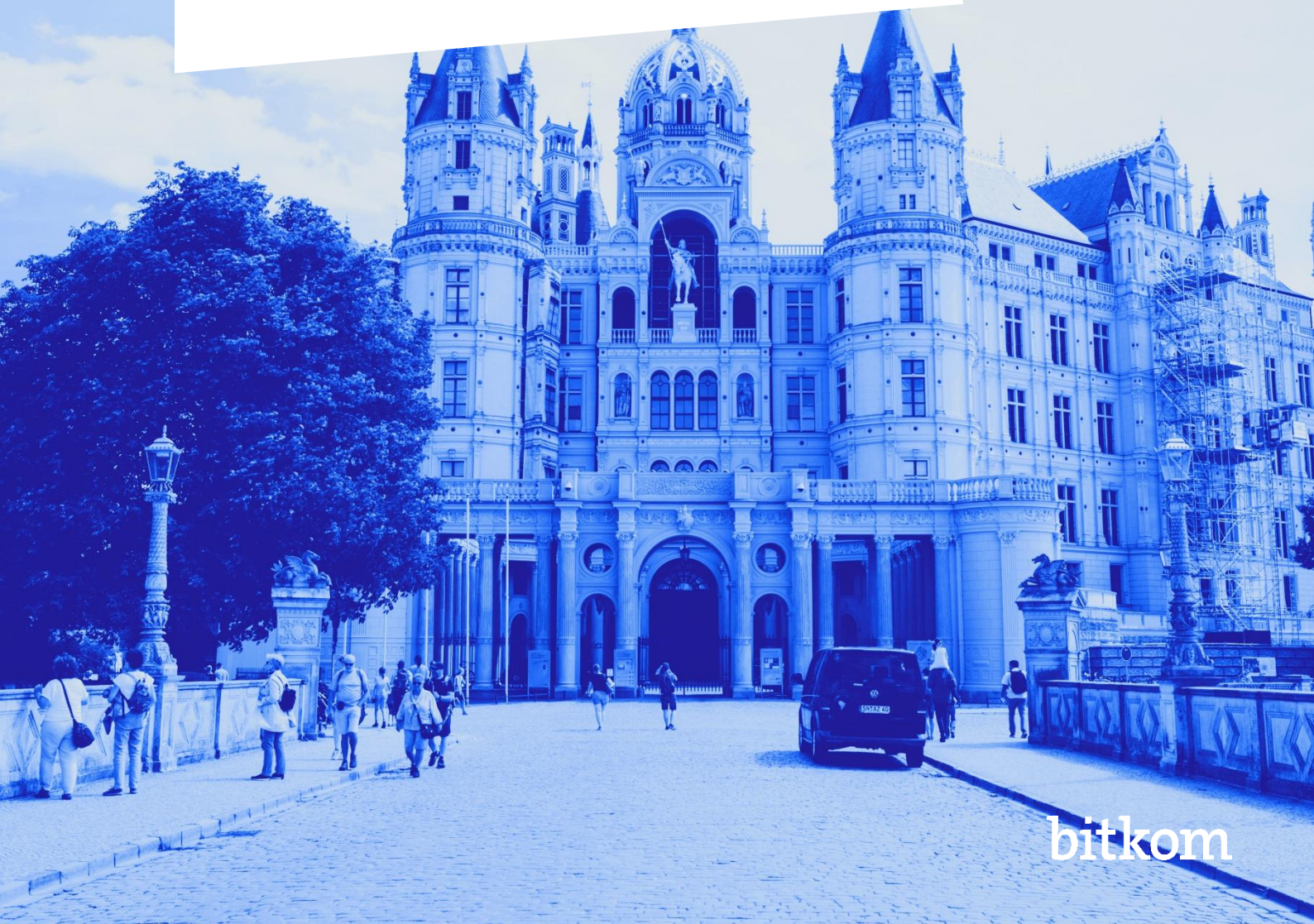


Bitkom Bildungscheck

Wahl zum Landtag von
Mecklenburg-Vorpommern 2026



Einleitung

Mecklenburg-Vorpommern gehört im Bitkom-Länderindex 2026 in der Gesamtwertung zu den hinteren Bundesländern, zeigt aber bei der digitalen Bildung, was möglich ist: In der Teilkategorie »Digitale Gesellschaft« erreicht das Land bundesweit Rang zwei – getragen unter anderem von einer starken digitalen und informatischen Bildung.

Um aus dieser Stärke einen echten Standortvorteil zu machen, muss Mecklenburg-Vorpommern digitaler Bildung künftig Priorität einräumen. Denn Bildung ist die wichtigste Ressource des Landes für eine zukunftsfähige Gesellschaft und einen wettbewerbsfähigen Wirtschaftsstandort. Dabei steht Mecklenburg-Vorpommern vor einer besonderen Herausforderung: Als dünn besiedeltes Flächenland muss es moderne Bildungsangebote bis in den ländlichen Raum bringen und zugleich im Wettbewerb um Fachkräfte bestehen.

Um diese Herausforderungen anzugehen, braucht es die konsequente Nutzung der **Chancen der Digitalisierung für zeitgemäßen Unterricht** an Schulen, eine **zukunftssichere Ausbildung und Fachkräftesicherung** sowie die **digitale Teilhabe** der gesamten Gesellschaft.

Vor diesem Hintergrund kommt der Wahl zum Landtag von Mecklenburg-Vorpommern am 20. September 2026 eine besondere Bedeutung zu. Ob das Land seinen Vorsprung bei der digitalen Bildung weiter ausbauen und zu einem echten Standortvorteil entwickeln kann, entscheidet die nächste Landesregierung.

Wie die Parteien diesem Anspruch gerecht werden, zeigt der **Bitkom Bildungscheck**: Anhand der bildungspolitischen Grundpositionen des Bitkom wertet er die Standpunkte und Maßnahmen zur digitalen Bildung in den Wahlprogrammen der derzeit im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern vertretenen Parteien aus:

- SPD Mecklenburg-Vorpommern
- AfD Mecklenburg-Vorpommern
- CDU Mecklenburg-Vorpommern
- Die Linke Mecklenburg-Vorpommern
- Bündnis 90/Die Grünen Mecklenburg-Vorpommern
- FDP Mecklenburg-Vorpommern

Bitkom ist eine strikt überparteiliche Organisation. Die Auswertung ergibt sich ausschließlich aus der inhaltlichen Übereinstimmung der Wahlprogramme mit den bildungspolitischen Positionen der digitalen Wirtschaft und ist unabhängig von parteipolitischen Präferenzen. Es handelt sich dabei nicht um eine Wahlempfehlung, sondern um ein Informationsangebot zur digitalen Landespolitik.

Blitzbewertung

SPD Mecklenburg-Vorpommern

Das Wahlprogramm zeigt hohe Übereinstimmung bei der Stärkung der KI-Kompetenzen von Beschäftigten und der Digitalisierung der dualen Ausbildung, etwa mit einer eigenen Landesstrategie zu Daten und KI und einem Investitionsprogramm für Berufsschulen. Die Digitalisierung aller Schulen in MV soll bis 2035 erfolgen. Es fehlt eine klare Perspektive zur Zusammenarbeit mit der Wirtschaft bei digitalen Bildungstechnologien und der Bekämpfung von Desinformation.

AfD Mecklenburg-Vorpommern

Das Wahlprogramm macht eine überwiegend digitalskeptische Grundhaltung im Bildungsbereich deutlich. Digitaler Unterricht wird dem Präsenzunterricht untergeordnet, Smartphones an Schulen sollen per Verordnung bis Klasse 7 verboten werden. Die geplanten Erschwerungen bei der Integration in den Arbeitsmarkt gefährden eine zukunftsfähige Fachkräftebasis für MV. Statt Desinformation zu bekämpfen, sollen Akteure gesellschaftlicher Resilienz geschwächt werden.

Die AfD positioniert sich auch über die Bildungspolitik hinaus in ihrer politischen Grundhaltung und ihren Forderungen gegen die Interessen der digitalen Wirtschaft. Weitere Details in unserer [Einordnung der Positionen der AfD aus Perspektive der digitalen Wirtschaft](#).

CDU Mecklenburg-Vorpommern

Das Wahlprogramm zeigt hohe Übereinstimmung bei digitaler Bildung in der dualen Ausbildung und der Vermittlung von KI-Kompetenzen in der Weiterbildung. Fachkräfteeinwanderung soll mit Partnern aus Zivilgesellschaft und Hochschulen gestärkt werden. Die Pläne zur Stärkung digitaler Kompetenzen und Teilhabe sind begrüßenswert. Kritisch sind die teils skeptische Einschätzung zu digitaler Bildung in der Schule sowie das geplante landeseinheitliche Smartphone-Verbot bis Klasse 10.

Die Linke Mecklenburg-Vorpommern

Das Wahlprogramm ist bei digitaler Bildung insgesamt wenig detailliert und weist Lücken bei der digitalen Bildung in der Schule und der beruflichen Bildung auf. Es zeugt von einer kritischen Haltung gegenüber der digitalen Wirtschaft: Gegen Desinformation setzt das Programm auf Haftungspflichten und Besteuerung statt auf Zusammenwirken mit Unternehmen. Hohe Übereinstimmung besteht bei der Vermittlung von Medienkompetenz und digitaler Teilhabe.

Bündnis 90/Die Grünen Mecklenburg-Vorpommern

Das Wahlprogramm beinhaltet als einziges eine gezielte Förderung von Frauen im MINT-Bereich und zeigt hohe Übereinstimmung bei digitaler Teilhabe, der Vermittlung von Medienkompetenz und bei der Fachkräftezuwanderung, die mit One-Stop-Strukturen gestärkt werden soll. Bei digitaler Ausstattung, den Chancen digitalen Lernens und Künstlicher Intelligenz bleibt das Programm unkonkret und lückenhaft.

FDP Mecklenburg-Vorpommern

Das Wahlprogramm zeigt hohe Übereinstimmung bei der digitalen Bildungsinfrastruktur und der Digitalisierung beruflicher Bildung. Die Innovationskraft der digitalen Bildungswirtschaft soll über marktverfügbare digitale Lehr- und Lernangebote gezielt genutzt werden. Es fehlen die Vermittlung digitaler Kompetenzen im lebenslangen Lernen und eine Desinformationsstrategie.

Bitkom-Positionen zur digitalen Bildung

Basis für die Analyse sind die folgenden Grundpositionen der digitalen Wirtschaft in drei Themenfeldern der digitalen Bildungspolitik.

Digitale Bildung in Schulen

- **Digitalisierung als Chance begreifen:** Digitale Bildung ist entscheidend für Deutschlands Zukunft und eine Chance für die Weiterentwicklung unseres Bildungssystems.
- **Zukunftsfähige digitale Infrastruktur von Schulen sicherstellen:** Schulen müssen mit einer leistungsfähigen digitalen Infrastruktur und alle Lehrkräfte und Schülerinnen und Schüler mit digitalen Endgeräten ausgestattet sein.
- **Auf die Innovationskraft der digitalen Bildungswirtschaft setzen:** Der Bildungssektor sollte sich stärker wettbewerbsorientiert ausrichten und auf bewährte marktvorgängbare Lösungen aus der digitalen Bildungswirtschaft, von innovativen EdTechs und außerschulischen Anbietern setzen.
- **Weiterbildung zu digitalem Lehren und Lernen für Lehrkräfte stärken:** Für das Gelingen digitaler Bildung sind Lehrkräfte entscheidend. Sie müssen beim Aufbau der dafür nötigen Kompetenzen unterstützt werden.
- **KI-Potenziale im Unterricht nutzen:** Künstliche Intelligenz ist längst im Schulalltag angekommen. Es braucht Zugang zu geeigneten Anwendungen, um die Potenziale für Individualisierung und Differenzierung im Unterricht wirksam zu nutzen.
- **Beim Umgang mit Smartphones die Schulautonomie stärken:** Statt gesetzlicher Pauschalverbote müssen Schulen mit abgestuften, rechtssicheren Leitlinien bei individuellen Regelungen zum Umgang mit privater Smartphonennutzung unterstützt werden.



Zukunftsfähige berufliche Bildung und Fachkräftesicherung

- **Duale Ausbildung modernisieren:** Digitales Lernen, zeitgemäße Ausstattung von Berufsschulen und digitale Berufsorientierung stärken die digitale Ausbildung. Zusätzliche Belastungen für Unternehmen wie die Berliner Ausbildungsplatzumlage sind nicht zielführend.
- **Weiterbildung stärken:** Weiterbildung ist ein zentraler Hebel für die Fachkräftesicherung. Digitale Formate und Lerntechnologien bieten große Potenziale in der beruflichen Bildung.
- **KI-Kompetenzen von Beschäftigten gezielt fördern:** Künstliche Intelligenz verändert die Berufswelt grundlegend. Beschäftigte brauchen verlässliche Angebote, um KI-Kompetenzen aufzubauen.
- **Zuwanderung von Fachkräften erleichtern:** Angesichts des wachsenden IT-Fachkräftemangels müssen qualifizierte Fachkräfte aus dem Ausland schneller in den deutschen Arbeitsmarkt finden. Einwanderungsprozesse müssen vereinfacht und durchgängig digitalisiert werden.
- **Erwerbspotenzial von Frauen in der IT heben:** Frauen sind in IT-Berufen nach wie vor unterrepräsentiert. Es braucht eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie gezielte Förderprogramme.



Kompetenzen für eine resiliente digitale Gesellschaft

- **Medienkompetenz in der Schule verankern:** Die Schule muss Schülerinnen und Schüler befähigen, sich sicher und selbstbestimmt in der digitalen Welt zu bewegen. Medienkompetenz ist dafür unerlässlich.
- **Digitale Kompetenzen altersübergreifend vermitteln:** Digitale Kompetenzen sind die Zukunftskompetenzen schlechthin. Sie sind die Grundvoraussetzung für Teilhabe an der digitalen Gesellschaft und für selbstbestimmtes Handeln im Alltag. Es braucht eine flächendeckende Vermittlung im Rahmen des lebenslangen Lernens.
- **Digitale Teilhabe für alle:** Wir müssen die digitale Spaltung unserer Gesellschaft überwinden. Unabhängig von Geschlecht, Alter, Herkunft und Bildungsgrad müssen alle Menschen an der digitalen Welt teilhaben können. Dafür braucht es niedrigschwellige Lernorte, Barrierefreiheit und die gezielte Einbindung bislang abgehangener Gruppen.
- **Desinformation gemeinsam bekämpfen:** Fake News und Desinformation sind eine Gefahr für unsere Demokratie und gefährden das Vertrauen in digitale Dienste und Plattformen. Ihre Bekämpfung ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die nur im Zusammenwirken von Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft gelingen kann.



Der Bitkom Bildungsscheck

Der Bitkom Bildungsscheck analysiert die Wahlprogramme und bewertet die Übereinstimmung mit den bildungspolitischen Grundpositionen der digitalen Wirtschaft **qualitativ** in vier Abstufungen.

■ ■ ■ Hoch ■ ■ □ Mittel ■ □ □ Niedrig □ □ □ Keine



Digitale Bildung in Schulen

SPD



Die SPD MV misst der **digitalen Weiterentwicklung des gesamten Schulsystems** hohe Priorität bei (S. 69) und stellt das Ziel auf, bis 2035 alle Schulen zu sanieren und zu digitalisieren (S. 65 f.). **KI-Kompetenz** soll systematisch »in Schule, Ausbildung, Studium und Weiterbildung« verankert werden (S. 21 f.) und digitale Bildung ausdrücklicher Schwerpunkt der **Lehrkräftefortbildung** (S. 68) sein. Eine Aussage zur Kooperation mit der **digitalen Bildungswirtschaft** im Schulbereich fehlt.

AfD



Die AfD MV zeigt ein **digitalskeptisches Bildungsverständnis**. Auch wenn Digitalisierung als prägend für das Leben von Schülerinnen und Schülern anerkannt wird, stellt sie den Präsenzunterricht als »Herzstück von Bildung« hervor, der nicht durch Digitalisierung ersetzt werden dürfe (S. 30). Digitale Wissensvermittlung und Lernplattformen sollen erst ab Klasse 5 unterstützt werden (S. 30). **Künstliche Intelligenz** wird ambivalent als Bereicherung für den Unterricht bei gleichzeitiger Gefahr für die Persönlichkeitsentwicklung gesehen (S. 30). Per Verordnung soll Smartphonenuutzung an Schulen bis Klasse 7 verboten werden (S. 30 f.). **Außerschulische Akteure** werden als »dubiose Kooperationspartner« (S. 28) bezeichnet und eine Zusammenarbeit abgelehnt.

CDU



Die CDU MV bezeichnet digitale Bildung als »unverzichtbar« (S. 53) und betont die Bedeutung von Digitalkompetenzen für den Arbeitsmarkt. Dem steht ein Verweis auf negative Auswirkungen digitaler Geräte im Unterricht entgegen (S. 53). Die digitale Infrastruktur von Schulen, inklusive Endgeräte und technischer Betreuung, soll mit einem Innovationsprogramm »Digitale Schule« gestärkt werden (S. 59). »Digitale Didaktik im Fachunterricht« (S. 53) soll in der **Lehrkräftefortbildung** verankert werden. Das Programm sieht **Chancen von KI** für Individualisierung und Lernstandsdiagnostik (S. 53). Kritisch ist das angekündigte **landeseinheitliche Smartphone-Verbot bis Klasse 10** auf dem gesamten Schulgelände (S. 54).

Die Linke



Die Linke MV fordert eine »flächendeckende **Grundausstattung mit Digitalgeräten**« (S. 6), den Ausbau des medienpädagogischen Zentrums (S. 5) und Weiterbildung der Lehrkräfte für Medienkompetenz (S. 27). Bei der Bedeutung digitaler Bildung und KI für den Unterricht bleibt das Programm lückenhaft. Eine Positionierung zur Zusammenarbeit mit der digitalen Bildungswirtschaft enthält das Programm nicht, allerdings zeigt sich bei der Bewertung einer »Abhängigkeit von Tech-Giganten« (S. 27) ein negatives Bild.



Bündnis 90/ Die Grünen



Die Grünen MV rahmen digitale Bildung vorrangig über **Medienkompetenz und den Umgang mit Risiken** der digitalen Welt (S. 44). Maßnahmen zur **digitalen Infrastruktur** bleiben bei der Ankündigung, »die Digitalisierung inklusive verlässlichem technischen Support vor Ort weiter voranbringen« zu wollen, eher unkonkret (S. 43). Medienbildung für Lehrkräfte soll gestärkt werden (S. 44). **KI im Unterricht** wird nicht thematisiert. Das Programm betont die Rolle »**externer Partner** ... bis hin zu Unternehmen«, die systematisch in die Schule eingebunden werden sollen (S. 43).

FDP



Die FDP MV widmet der digitalen Bildung zwei eigene Kapitel und sieht sie als »Grundvoraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe und beruflichen Erfolg« (S. 98). Allen Bildungseinrichtungen sollen Glasfaseranschluss und WLAN erhalten (S. 98). Das Programm setzt ausdrücklich auf die **digitale Bildungswirtschaft**: »externen Support, wo er wirtschaftlicher ist als Eigenlösungen«, regionale Dienstleister und marktverfügbare Formate von »Blended Learning« bis »Virtual und Augmented Reality« (S. 98). **Digitale und mediendidaktische Kompetenzen** werden für alle Lehrkräfte verbindlich festgeschrieben (S. 98), der Einsatz **Künstlicher Intelligenz** soll in Modellschulen (S. 100) getestet werden. Beim **Smartphone** bekennt sich die FDP MV klar zur **Schulautonomie** (S. 99).



Zukunftsfähige berufliche Bildung und Fachkräftesicherung

SPD



Die SPD MV will bis 2037 »250 Mio. Euro in die Berufsschulen und in die handwerklichen Bildungszentren« investieren und dabei gezielt »digitale Unterstützungs- und Vernetzungsmöglichkeiten« (S. 70) ausbauen. Bei **KI-Kompetenzen von Beschäftigten** bezeichnet das Programm diese als »unverzichtbare Betriebsmittel in jeder Branche« und will sie mit einer »Landesstrategie Daten und KI« und einer Integration in die Fachkräftestrategie stärken (S. 4; 21). Die **Fachkräftezuwanderung** soll über eine Fachkräfteservicezentrale »aus einer Hand« (S. 22) gestärkt werden. Pläne zur gezielten Förderung von Frauen im MINT-Bereich fehlen.

AfD



Die AfD MV sieht **Fachkräfteeinwanderung** nur als nachgeordnete Maßnahme mit konkretem Bedarfsnachweis und sieht die Gefahr einer Verdrängung inländischer Arbeitskräfte (S. 13). Statt auf eine Verfahrensbeschleunigung setzt sie auf **zusätzliche Hürden bei der Integration** in den Arbeitsmarkt. Mit der Ausbildung von IT-Fachkräften über einen »Digitalfonds« (S. 86) werden **berufliche Bildung und Digitalisierung als Gegenentwurf zur Fachkräfteeinwanderung** positioniert. Digitale Unterrichtseinheiten in der Berufsschule werden als »sinnvolle Ergänzungsmaßnahmen« gesehen, was im Widerspruch zur Digitalisepsis im Schulbereich steht. Gezielte **Förderprogramme für Frauen** und geschlechtersensible Bildung werden abgelehnt (S. 19; 25).

CDU



Die CDU MV will die **Berufsschule zum »digitalen Lernort«** auf »dem neuesten Stand der Technik« machen, »der Schülern und Lehrkräften orts- und in vielen Fällen auch zeitunabhängig zur Verfügung steht« (S. 55). **Weiterbildung** zu Digitalisierung und KI sieht sie als »zwingend erforderlich« und soll mit Hochschulen und Kammern weiterentwickelt werden (S. 108). Bei der **Fachkräftezuwanderung** setzt sie auf »gezielte Arbeitsmigration« (S. 15), Hochschulpartnerschaften, digitale Jobmessen und gebündelte Anerkennungsangebote (S. 16). Zum **Erwerbspotenzial von Frauen** in der IT fehlt eine Aussage.

Die Linke



Die Linke MV bleibt in ihrem Wahlprogramm bei digitaler **beruflicher Bildung** unkonkret. Digitales Lernen und zeitgemäße Ausstattung der Berufsschulen fehlen ebenso wie **Weiterbildung** als Hebel der Fachkräftesicherung. **KI-Kompetenzen** werden nicht erwähnt, allerdings wird die digitale Transformation der Wirtschaft primär über »Mitbestimmung, soziale Absicherung und Qualifizierung« (S. 28) verstanden. Mit beschleunigter **Anerkennung ausländischer Qualifikationen** und einer »Willkommenskultur, die Fachkräfte zum Bleiben motiviert« (S. 18) soll Fachkräfteeinwanderung gestärkt werden. Die Forderung nach einem verpflichtenden Girls' Day (S. 15) bleibt ohne klaren MINT-Bezug.

Bündnis 90/ Die Grünen



Die Grünen MV fordern »eine bessere personelle und technische **Ausstattung der Berufsschulen**« (S. 31), erwähnen digitales Lernen aber nicht. Positionen zur Rolle von **Weiterbildung** und **KI-Kompetenzen von Beschäftigten** fehlen. Das Programm setzt Schwerpunkte bei der **Fachkräftezuwanderung**: Ausbau von »One-Stop Agencies bzw. Welcome Centern«, beschleunigte Anerkennung und unterstützte Nachqualifikation (S. 30). Mädchen sollen »früh für MINT-Fächer begeister[t]« werden und eine landesweite Kampagne mit sichtbaren Vorbildern gestartet werden (S. 84).



FDP



Die FDP MV will »Future Skills an Berufsschulen« stärken und will »eine **moderne, digitale berufliche Ausbildung**, die sowohl digitalen Unterricht als auch die berufliche Nutzung von digitalen Hilfsmitteln und KI beinhaltet« (S. 111). Digitale Bildung soll für Berufsschullehrkräfte verpflichtend werden (S. 111). Bei der **Weiterbildung** schlägt sie ein »steuerfreies Weiterbildungskonto« vor (S. 17) und will die Qualifizierung für KI und Digitalisierung stärken (S. 16). Bei der **Fachkräftezuwanderung** fordert sie ein »modernes Einwanderungsgesetz mit integriertem Punktesystem« (S. 17). Eine Position zur Stärkung von Frauen im MINT-Bereich fehlt.



Kompetenzen für eine resiliente digitale Gesellschaft

SPD



Die SPD MV benennt **Medienkompetenz** als Grundfertigkeit: Sie müsse »so selbstverständlich für alle anwendbar sein wie Rechnen und Schreiben« (S. 44). Ihre Vermittlung in außerschulische Angebote soll »alle Altersgruppen ansprechen« (S. 44). **Digitale Teilhabe** will sie über niedrigschwellige Angebote »für alle Generationen« mit dem Grundsatz »Digitalisierung muss unterstützen, nicht ausgrenzen« (S. 33) fördern. Gegen **Desinformation** setzt sie auf »Kampagnen gegen Fake News und Fehlinformationen sowie landesweite Förderung von Medienkompetenz« (S. 44). Die Wirtschaft wird dabei nicht als Partner benannt.

AfD



Die AfD MV thematisiert Medienkompetenz, altersübergreifende Digitalkompetenzen und digitale Teilhabe nicht. Eine **Desinformationsstrategie** fehlt; stattdessen will die AfD Akteure schwächen, die gesellschaftliche Resilienz tragen: Die Finanzierung von zivilgesellschaftlichen Initiativen zur Demokratieförderung soll beendet, der öffentlich-rechtliche Rundfunk aufgelöst werden (S. 46).

CDU



Die CDU MV erklärt **digitale Kompetenzen** zum »Schlüssel zur Teilhabe an einer zunehmend digitalisierten Welt« und will niedrigschwellige Schulungsangebote mit Volkshochschulen, Bibliotheken und Seniorentreffs (S. 106) fördern. **Digitale Teilhabe** will sie über barrierefreie und mehrsprachige Landesangebote, hybride Beratung und WLAN-Hotspots im ländlichen Raum absichern (S. 106). **Medienbildung** soll altersgerecht bereits in Kita und Grundschule erfolgen (S. 53). **Desinformation** wird als Ziel für die Resilienz von Jugendlichen genannt (S. 50), eine gezielte Strategie zu ihrer Bekämpfung fehlt.

Die Linke



Die Linke MV will **Medienbildung** »auf allen Ebenen ausbauen: schulisch, außerschulisch und für Erwachsene« (S. 27) und als »verpflichtenden Bestandteil« in den Lehrplänen verankern (S. 27). Sie sieht digitale Lösungen als Baustein zu mehr gesellschaftlicher Teilhabe auf dem Land (S. 6; S. 11). **Desinformation** benennt sie ausdrücklich als wachsende Gefahr (S. 27), setzt zur Bekämpfung aber auf »Haftungs- und Sorgfaltspflichten von Tech-Konzernen« samt »fairer Besteuerung« und Plattformregulierung (S. 27, S. 11) statt auf ein Zusammenwirken mit der Wirtschaft.

Bündnis 90/ Die Grünen



Die Grünen MV wollen **Medienkompetenz** »verbindlich in der pädagogischen Ausbildung und in den Lehrplänen [...] insbesondere im Umgang mit Desinformation, Cybermobbing und digitaler Mündigkeit« (S. 44) verankern. Bei der **digitalen Teilhabe** sollen verbindliche Barrierefreiheitsstandards, ausschließlich barrierefreie Landessoftware ab 2028 (S. 49); und »Medienhelferinnen« dafür sorgen, »bei der Digitalisierung niemanden zu verlieren« (S. 49). **Desinformation** soll durch ein Landesresilienzkonzept (S. 107) adressiert werden. Unternehmen und Plattformen werden statt als Kooperationspartner als Akteure, die »den Schutz der Bürgerinnen dem eigenen Profit« unterordnen (S. 75), bezeichnet.



FDP



Die FDP MV will **Medienbildung** zum »verbindlichen Lerninhalt« (S. 98) machen. **Digitale Teilhabe** soll über einen »Rechtsanspruch auf digitale, barrierefreie Verwaltungsleistungen« mit gleichwertiger Alternative (S. 56) und kommunalen Anlaufstellen für persönliche Hilfe (S. 57) gesichert werden. Beim **lebenslangen Lernen** fehlt der ausdrückliche Bezug auf digitale Kompetenzen, ebenso wie niedrigschwellige Lernorte für bislang abgehängte Gruppen. Eine Strategie gegen Desinformation kommt im Programm nicht vor.

Bitkom vertritt mehr als 2.200 Mitgliedsunternehmen aus der digitalen Wirtschaft. Sie generieren in Deutschland gut 200 Milliarden Euro Umsatz mit digitalen Technologien und Lösungen und beschäftigen mehr als 2 Millionen Menschen. Zu den Mitgliedern zählen mehr als 1.000 Mittelständler, über 700 Startups und nahezu alle Global Player. Sie bieten Software, IT-Services, Telekommunikations- oder Internetdienste an, stellen Geräte und Bauteile her, sind im Bereich der digitalen Medien tätig, kreieren Content, bieten Plattformen an oder sind in anderer Weise Teil der digitalen Wirtschaft. 82 Prozent der im Bitkom engagierten Unternehmen haben ihren Hauptsitz in Deutschland, weitere 8 Prozent kommen aus dem restlichen Europa und 7 Prozent aus den USA. 3 Prozent stammen aus anderen Regionen der Welt. Bitkom fördert und treibt die digitale Transformation der deutschen Wirtschaft und setzt sich für eine breite gesellschaftliche Teilhabe an den digitalen Entwicklungen ein. Ziel ist es, Deutschland zu einem leistungsfähigen und souveränen Digitalstandort zu machen.

Herausgeber

Bitkom e.V.

Albrechtstr. 10 | 10117 Berlin

Ansprechpartner

Lewis Erckenbrecht | Referent für Bildungspolitik & Digitale Gesellschaft

T +49 30 27576-309 | l.erckenbrecht@bitkom.org

Gianna Albrecht | Referentin Landespolitik & Internationales

T +49 30 27576-366 | g.albrecht@bitkom.org

Verantwortliches Bitkom-Gremium

AK Bildungspolitik und Arbeitsmarkt

Copyright

Bitkom 2026

Diese Publikation stellt eine allgemeine unverbindliche Information dar. Die Inhalte spiegeln die Auffassung im Bitkom zum Zeitpunkt der Veröffentlichung wider. Obwohl die Informationen mit größtmöglicher Sorgfalt erstellt wurden, besteht kein Anspruch auf sachliche Richtigkeit, Vollständigkeit und/oder Aktualität, insbesondere kann diese Publikation nicht den besonderen Umständen des Einzelfalles Rechnung tragen. Eine Verwendung liegt daher in der eigenen Verantwortung des Lesers. Jegliche Haftung wird ausgeschlossen. Alle Rechte, auch der auszugsweisen Vervielfältigung, liegen beim Bitkom oder den jeweiligen Rechteinhabern.